

Mitbestimmung jetzt!

Mitbestimmung der älteren Generation muss aus gesellschaftlicher, sozialer und demokratischer Sicht eine Selbstverständlichkeit sein. Dennoch erleben wir immer wieder, dass Menschen, die nicht mehr für den Arbeitsmarkt „nützlich“ sind, als überholt oder nicht mehr gebraucht angesehen werden. Das ist nicht akzeptabel.

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es entscheidend, allen Menschen aktive Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen – ausdrücklich auch älteren Menschen. Gerade in Zeiten, in denen Demokratie zunehmend infrage gestellt wird, braucht es engagierte Demokrat*innen. Ältere Menschen bringen Erfahrung, Wissen und Verantwortung ein. Dieses Engagement ist ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft.

WIR SIND KEINE BITTSTELLER

Politik wird oft über uns gemacht, aber nicht mit uns. Das muss sich ändern. Wir sind keine Objekte der Fürsorge, sondern aktive



Gestalter*innen. Es braucht einen Paradigmenwechsel in der Seniorenpolitik: Ältere Menschen müssen ihre Interessen artikulieren, Ideen einbringen und an Entscheidungsprozessen gleichberechtigt mitwirken können.

Wir haben es verdient, in alle uns betreffenden Lebensbereiche einbezogen zu wer-

den. Wir wollen mitreden und mitentscheiden. Entscheidungen über die ältere Generation dürfen nicht länger über unsere Köpfe hinweg getroffen werden.

Als PVOÖ werden wir uns daher verstärkt in politische Prozesse einbringen, mehr Mitbestimmung einfordern, gesellschaftliche Teilhabe ausbauen und unsere Ziele selbstbewusst vertreten.

UNSERE FORDERUNGEN:

1. Volle Einbindung bei Pensionsanpassungen

Seniorenorganisationen müssen bei den jährlichen Pensionsverhandlungen auf Augenhöhe mitreden und mitentscheiden – nicht erst über Medien informiert werden.

2. Mitbestimmung in Sozial- und Unfallversicherung

Pensionist*innen zahlen Milliarden in die Krankenversicherung ein, haben aber kaum Mitspracherecht. Die-



Christian Schörkhuber,
Fachreferent Politik und
Interessenvertretung

se Form der Altersdiskriminierung ist nicht länger hinnehmbar.

3. Novellierung des Bundes-Seniorengesetzes

Das Gesetz beschränkt sich auf Empfehlungen ohne echte Mitbestimmung. Eine umfassende Neuausrichtung ist nötig.

4. Verpflichtende Einbindung in Förderprogramme und Aktionspläne

Die ältere Generation wird in Förderungen und politischen Aktionsplänen kaum berücksichtigt, obwohl sie ebenso betroffen ist. Das muss sich ändern.

Zusammengefasst

Die ältere Generation hat ein Recht auf volle gesellschaftliche Teilhabe. Mitbestimmung ist der Schlüssel dazu. Nicht andere entscheiden über unsere Zukunft – wir selbst tun es. Wir sind keine Bittsteller!

